Nr. 5. XXIV. Jahrgang. Donnerstag, 6. Januar 1916.

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Größte Verbreitung in Sachsen.

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4.
Fernsprecher: Redaktion Nr. 13 8 97, Expedition Nr. 13 6 38, Verlag Nr. 13 5 28. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden.

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 30 Pf., für auswärts 35 Pf., für das Ausland 40 Pf. Tabellensatz 40 Pf. Die zweispaltige Reklamezeile 1.50 Mk., mit Platzvorschrift 2 Pf. Bei Wiederholungen und Jahresinseraten Rabatt nach Tarif. Chiffregebühr 30 Pf. Anzeigen von auswärts werden nur gegen Vorausbezahlung aufgenommen. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht garantiert. Telephonische Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen ist unzulässig. Unsre Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen an. Originalvorlagen und -tabellen an.

Bezugspreis:
Im Dresdner Bestellbezirk monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2.10 Mk. frei Haus, durch unsre weiteren Ausgabestellen monatlich 80 Pf., vierteljährlich 2.40 Mk. frei Haus. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" oder „Dresdner Fliegende Blätter" je 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland und den deutschen Kolonien:
Ausg. A mit „Illust. Neueste" monatl. 1.00 Mk., vierteljährl. 3.00 Mk.
„ B ohne Illust. Beilage „ 85 Pf., „ „ 2.55 „
Im Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A mit „Illust. Neueste" monatl. 1.79 Kr., vierteljährl. 5.37 Kr.
„ B ohne Illust. Beilage „ 1.61 „ „ 4.83 „
Nach dem Auslande in Kreuzb. wöchentlich 1 Mk. Einz. Nrn. 10 Pf.

Die englische Dardanellenflotte in Saloniki.

Norwegen verlangt Aufklärung über die Verhaftung seines Generalkonsuls in Saloniki. — Wilson verschickt gleichzeitig vier Noten an die Mittelmächte und ihre Verbündeten. — Fliegerbomben auf Calais.

Der Gewaltstreich in Saloniki.

Man hält selbst in Frankreich die Verhaftung der fremden Konsuln auf neutralem Boden für bedenklich. Das zeigen die Auslassungen französischer Blätter deutlich. Die französische Presse gehorcht zwar den Weisungen über Saloniki. Die Verhaftungen sind das Losungswort, doch wird der Mißgriff des Generals Sarrail durch Schauermärchen über Spionengefahr entschuldigt. „Guerre Mondiale" schreibt dagegen, falls die Feinde Saloniki angriffen, habe Sarrail den Augenblick schlecht gewählt, das Kriegsrecht gegen die Konsuln anzuwenden, für deren Sicherheit Griechenland bürgen müsse, da der beleidigte Hausherr zwei Armeen besitze, die das englisch-französische Heer von Osten und Westen flankieren könnten. Die Pariser Presse fragt, ob Castelnau diese Maßregeln anordnete. Da Sarrail sonst vorsichtig handelte. Die Blätter erinnern dabei daran, daß die beiden Generale erbitterte Gegner seien. — Wie die Agence Havas meldet auch die „Daily Mail" aus Athen, die in Saloniki verhafteten Konsuln von Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei würden wahrscheinlich binnen kurzem in Athen oder Marseille ans Land und damit

wieder in Freiheit gesetzt

werden. Sie erhielten dann freies Geleit zur Heimreise. Nicht so würden dagegen jene Staatsangehörigen der genannten Länder behandelt werden, die gleichzeitig mit den Konsuln verhaftet wurden und worunter sich auch einige Frauen befinden. Der Sonderberichterstatter der „Daily Mail" in Athen meint, daß diese Personen als Spione betrachtet werden. — Die Franzosen suchen also die üble Wirkung durch die Freilassung der Konsuln nachträglich etwas abzuschwächen. Damit ist aber der begangene Völkerrechtsbruch nicht im geringsten beseitigt. Die Konsuln befanden sich auf neutralem Boden und standen unter dem Schutz der griechischen Regierung, die bekanntlich die bedingungslose Auslieferung der Verhafteten verlangte. Ueber diese Forderung hat sich der Vierverband einfach hinweggesetzt, er handelt ganz nach seinem Belieben auf eigne Faust und läßt Griechenland vergebens auf eine Genugtuung warten. Griechenland wird sich also aufs neue die Frage vorlegen müssen, wie es sich zu dem rücksichtslosen Verhalten der Franzosen und Engländer stellen soll und ob es gewillt ist, die Macht im eigenen Hause ganz den Eindringlingen zu überlassen. Denn wie sehr

der Machtdünkel den Franzosen zu Kopf gestiegen

ist, zeigt der folgende Vorgang, der eine völlige Verwirrung der Rechtsbegriffe darstellt:

Amsterdam, 5. Januar. (Priv.-Tel.) **Aus Paris meldet wörtlich Reuter: Im Hinblick auf die völkerrechtswidrige (!) willkürliche Maßnahme der bulgarischen Regierung hinsichtlich der Verhaftung des französischen Konsuls in Sofia hat die französische Regierung am Dienstag morgen die Verhaftung des bulgarischen Kanzlers unter den gleichen Bedingungen angeordnet. Der Kanzler war zur Beaufsichtigung der Archive der bulgarischen Gesandtschaft in Paris verblieben. Da er erkrankt ist, dürfte er unter Bewachung in seinen Räumen verbleiben.**

Also die Franzosen haben das Recht, fremde Diplomaten auf neutralem Boden festzunehmen, aber wenn die betroffene Regierung zu Vergeltungsmaßnahmen übergeht, handelt sie „völkerrechtswidrig". Höher geht's allerdings kaum noch.

•

Norwegen meldet sich.

(Privattelegramm.)

+ Christiania, 5. Januar.

Der norwegische Minister des Aeußern telegraphierte dem norwegischen Generalkonsul in Athen, er möge die genauen Einzelheiten, die der Verhaftung des norwegischen Konsuls in Saloniki zugrunde lagen, angeben.

•

Der griechische Protest.

Der griechische Gesandte in Sofia, Naum, hat dem Ministerpräsidenten Radoslawow den Text der Note vorgelegt, in der die griechische Regierung auf das Entschiedenste gegen die Verhaftung der Konsuln in Saloniki Einspruch erhebt. Der Gesandte erklärte, die griechische Regierung werde mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln danach trachten, ihrer Note Geltung zu verschaffen. Die griechische Regierung sei von dem aufrichtigen Wunsche durchdrungen, jedem Mißverständnisse mit den Mittelmächten unbedingt auszuweichen und das gute Verhältnis dauernd aufrechtzuerhalten. — In der Note der griechischen Regierung an die Vertreter Englands und Frankreichs wegen der Verhaftung der Konsuln in Saloniki heißt es nach der „Neuen Freien Presse": „Die Kgl. Regierung, gestützt auf ihre Souveränität, ist berechtigt, trotz der stärkeren Macht, der sie gegenübersteht, zu verlangen, daß sofort die nötigen Befehle erteilt werden zur Vorsorge für die Sicherheit der erwähnten Personen bis zu deren Uebergabe an die Kgl. griechischen Behörden. Außerdem ist die Kgl. Regierung berechtigt, zu verlangen, daß Befehle erteilt werden, daß die von den Alliierten festgenommenen Personen an die griechischen Behörden ausgeliefert werden, die sie in Obhut und Schutz nehmen werden, und zu verlangen, daß Vorsorge getroffen wird, daß die Konsulatswappen geachtet werden." — Der feste Ton der griechischen Note hat einen guten

Eindruck in Sofia

gemacht, wie das folgende Telegramm berichtet:

+ Sofia, 5. Januar. (Priv.-Tel.) **In Sofia erregt es große Genugtuung, daß die griechische Regierung energisch gegen die Verhaftung der Konsuln protestiert hat. In hiesigen diplomatischen Kreisen wird angenommen, daß die griechische Regierung sich dieses Mal nicht mit dem bloßen Protest begnügen werde. Der selbstbewußte Ton des griechischen Einspruches lasse darauf schließen, daß die griechische Regierung kein Mittel unversucht lassen werde, um dem Vierverband zu beweisen, daß sie die Souveränitätsrechte Griechenlands nicht antasten läßt. Die bulgarische Regierung wird ihrerseits die nötigen Schritte zur Klärung der Lage tun.**

Die „Daily Mail" veröffentlicht, einer Rotterdamer Depesche zufolge, eine Meldung aus Athen, worin es heißt, daß die Gesandten des Vierverbandes in Athen erst die Instruktionen ihrer Regierungen abwarten werden, bevor sie der griechischen Regierung Aufklärung über die Gründe der Verhaftung der fremden Konsuln in Saloniki geben werden.

•

Die Haltung der griechischen Minister.

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten.)

+ Budapest, 5. Januar.

„Pilag" meldet aus Saloniki: Aus Athen eingetroffene Telegramme berichten, daß einzelne Mitglieder der griechischen Regierung die Erledigung des Saloniker Falles auf diplomatischem Wege wünschen und auch weiterhin an der Wahrung der Neutralität festhalten im Gegensatz zu den übrigen Mitgliedern des Kabinetts, die eine energische Maßregel gegen die Verletzung der griechischen Souveränität als notwendig ansehen. Ministerpräsident Skuludis selbst ist ein Anhänger der gemäßigten Politik und ist, obwohl er den energischen Ton bei dem diplomatischen Auftreten billigt, gegen die Preisgabe der Neutralität. Der Minister Gunaris vertritt den Standpunkt, daß die Regierung alles daran setzen müsse, die Neutralität zu wahren. Anderseits schreckt aber Gunaris vor einem Appell an die Waffen nicht zurück, wenn die Verletzung der Souveränität Griechenlands anders nicht gutzumachen wäre.

General Sarrail forderte durch die Gesandten der Vierverbandsmächte die griechische Regierung auf, sich der Ueberschreitung der griechischen Grenze durch bulgarische Truppen auch in dem Fall zu widersetzen, wenn sie in Gebieten erscheinen, die bereits von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen betreten wurden. Die griechische Regierung wies diese Forderung zurück, ebenso die weitere Forderung, daß die Ueberschreitung der griechischen Grenze nur im Rahmen eines Frontalangriffes geschehe, was darauf schließen läßt, daß der Vierverband nur eine Flankenoperation der Bulgaren befürchtet. Die Vierverbandsgesandten teilten der griechischen Regierung mit, daß die Heeresleitung des Vierverbandes sich in der Zwangslage befände, selbst für die Sicherung ihrer Operationen und der auf griechischem Gebiet befindlichen eigenen Truppen Sorge tragen zu müssen. Dieses mache es der Heeresleitung zur Pflicht, die für die Kriegsoperationen bestimmten Gebiete als Kriegszone zu erklären und die unerwünschten Elemente ausnahmslos zu entfernen, auch wenn es griechische Staatsangehörige wären. Der griechische Ministerpräsident protestierte dagegen auf das schärfste und erklärte, daß die Regierung auch dieses Vorgehen als eine Verletzung der Souveränität Griechenlands betrachten müßte.

(kl.)

•

Angst vor Fliegern und U-Booten.

Wie „Az Est" aus Sofia meldet, hat das Kommando der Ententetruppen infolge des großen Erfolges des Fliegerangriffes auf Saloniki angeordnet, daß von nun an nachts kein Licht mehr angezündet werden darf, nicht einmal im Hafen. Alle Nachtlandungen müssen infolgedessen eingestellt werden.

Wie aus Saloniki gemeldet wird, haben die englischen Behörden eine Anzeige erlassen, in der 50000 Franken jedem angeboten werden, der Angaben über die Anwesenheit deutscher Unterseeboote im Aegäischen Meere machen kann.

•

Einschüchterungsversuche durch die Flotte.

(Privattelegramm.)

+ Athen, 5. Januar.

Die englische Dardanellenflotte erhielt Befehl, nach Saloniki zurückzukehren. Vor Saloniki stehen Demonstrationsflotteneinheiten, die lediglich den Zweck haben, Griechenland einzuschüchtern und ein eventuelles Auftreten Griechenlands zu verhindern.

Truppenlandungen in Kavalla.

(Privattelegramm.)

+ Budapest, 5. Januar.

Eine Sofioter Meldung besagt: Vor Kavalla liefen unter dem Schutze von vier englischen Kreuzern zwei englische Transportschiffe ein. Sie landeten viele Kolonialsoldaten und Kriegsgerät. Die Transportschiffe sind unter dem Schutze eines Kreuzers wieder ausgelaufen. Drei andre Kreuzer bleiben vor Kavalla.

„Zar von Mazedonien."

(Privattelegramm.)

+ Wien, 5. Januar.

In Sofioter politischen Kreisen ist das Gerücht verbreitet, daß König Ferdinand sich nach den orthodoxen Feiertagen in der alten Königsstadt Ochrida zum Zaren von Mazedonien krönen lassen werde.

•

Vertagung der Sobranje.

(Privattelegramm.)

+ Sofia, 5. Januar.

Vor den orthodoxen Weihnachtsferien hielt die Sobranje gestern ihre letzte Sitzung ab. Es wurde in 3. Lesung die Regierungsvorlage über den 530-Millionen-Kriegskredit verabschiedet, desgleichen in erster Lesung der türkisch-bulgarische Vertrag über die Abtretung des Gebietsstreifens mit der Bahnlinie Mustapha Pascha—Dimotika. Von den Kriegskrediten sind 450 Millionen Mark für die Bedürfnisse der Armee, 35 Millionen für Straßenbauten, 15 Millionen für Bahnmaterial und 30 Millionen für die Unterstützung von Familien der im Felde Stehenden bestimmt. — Auf die wiederholte Aufforderung einiger Oppositioneller gab der Premierminister namens der Regierung eine Erklärung ab über den türkisch-bulgarischen Vertrag. Er sagte, die Abtretung des türkischen Gebietes sei lediglich als eine Kompensation für die Neutralität Bulgariens erfolgt. Die Regierung habe sich bemüht, auch Serbien auf friedlichem Wege zur Abtretung der bulgarischen Gebiete Mazedoniens zu bewegen. Nachdem sich jedoch der Vierverband weigerte, auf Serbien einen Druck auszuüben, sei der Krieg unvermeidlich geworden. Die Erklärungen Radoslawows wurden mit großer Befriedigung aufgenommen und die Kammer stimmte, mit Ausnahme der Sozialisten, die den Saal verließen, einstimmig für die geforderten Kriegskredite. Die Sobranje vertagte sich sodann bis zum 24. Januar.

Essad auf dem Kriegspfad?

Nach Blättermeldungen soll Essad Pascha, der mit den Italienern seit langem in Unterhandlungen steht, der Donaumonarchie den Krieg erklärt haben. Dazu wird uns gemeldet:

-ich- Wien, 5. Januar. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) **Die Gerüchte der Kriegserklärung von Essad Pascha an die Monarchie werden hier nicht ernst genommen, sie ist bisher auch noch nicht erfolgt. Aber auch wenn die Kriegserklärung erfolgt, so verfügt dieser italienische Söldling über viel zu geringe Streitkräfte, um als Gegner in Betracht zu kommen. Die Mehrheit der Einwohnerschaft von Albanien schließt sich begeistert unsern Truppen an, wohin diese vordringen.**

(kl.)

Nach einer Meldung aus Zürich hat sich die Frau Essad Paschas nach Rom begeben. Diese Reise wird in der italienischen Presse mit einer bevorstehenden Aktion in Mittelalbanien in Beziehung gebracht. Essad Pascha bereite offenbar eine energische Intervention vor, denn es sei seine Eigenart, jeweils seine Frau wegzuschicken, bevor er einmal Ernstes unternimmt.

Artillerie- und Minenkämpfe an der Westfront.

× Großes Hauptquartier, 5. Januar. (Amtlich.) (Eingegangen 2 Uhr 10 Min. nachm.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Artillerie- und Minenkämpfe an mehreren Stellen der Front.

Oestlicher und Balkankriegsschauplatz:

Die Lage ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Kriegsgesellschaften und sächsische Industrie.

Von Dr. Johannes März.

Wenn es Deutschland gelungen ist, den Aushungerungsplan seiner Gegner zunichte zu machen, so verdankt es das neben den militärischen Erfolgen seiner überlegenen wirtschaftlichen Organisationskraft. Unsre Gegner waren von der Ansicht ausgegangen, daß Deutschland infolge der englischen Uebermacht zur See sehr bald, wegen Mangels an Nahrungsmitteln und an den zur Führung des Krieges notwendigen Rohstoffen in seiner Verteidigungsfähigkeit geschwächt, um Frieden bitten und die härtesten Bedingungen der Feinde auf sich nehmen müsse. Wir haben gesehen, daß in dieser Hinsicht auch für die Zukunft keinerlei Anlaß zur Besorgnis ist. Auch wenn der Weg nach Konstantinopel nicht hätte so rasch erreicht werden können, würde das deutsche Volk mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen doch so weit versorgt gewesen sein, daß es durchhalten könnte, wenn auch selbstverständlich Einschränkungen nicht zu vermeiden waren und auch weiterhin nicht werden vermieden werden können, bis die Verbindung mit dem Orient und den Balkanstaaten die fehlenden Zufuhren über See einigermaßen ausgleichen kann, soweit die nötigsten Nahrungsmittel und Rohstoffe in Frage kommen.

In einem großen, verwickelten Wirtschaftsorganismus genügt aber nicht allein, daß Lebensmittel und Rohstoffe vorhanden sind, sondern es muß auch ihre richtige Verteilung erreicht werden. Neben den notwendigsten Nahrungsmitteln gilt das für die industriellen Rohstoffe, an denen gespart werden muß, weil die Zufuhren nicht ausreichen. Hier hat nun die großartigste Organisationstätigkeit eingesetzt, die wohl je in der Weltgeschichte von einem Volk durchgeführt worden ist und die, wenn einmal die Akten dieses Weltkrieges offen dargelegt werden können, das Staunen der ganzen Welt hervorrufen werden. Ihren Ausdruck findet diese Organisationstätigkeit in der Schaffung der Kriegsgesellschaften. Nach einer Zusammenstellung des „Kriegsausschusses der Deutschen Industrie" bestehen gegenwärtig 80 solcher Gesellschaften, die in der verschiedensten Art organisiert sind. Teils sind es Aktiengesellschaften, die, auf gemeinnütziger Grundlage errichtet, Unternehmergewinne ausschließen. Teils sind es Geschäftsstellen und Kontore, in denen unter kaufmännisch sachgemäßer Leitung die eingehenden Korrespondenzen erledigt und die notwendigen Maßnahmen getroffen werden. Teils sind es auch mehr nach dem Muster der öffentlichen Verwaltungsstellen eingerichtete Bureaus, teils Lieferungsverbände nach Art von Genossenschaften und Lieferungsgesellschaften, die man in ähnlicher Form schon vor dem Kriege kannte.

Unter den Kriegsgesellschaften unterscheidet man zunächst Reichszentralstellen. Hierher gehören neben den weiter unten erwähnten Reichsstellen für die Regelung der Ernährung die Zentralstelle für Heeresverpflegung und diejenigen Reichsstellen, die zur Erörterung der Kriegsschäden an Leib und Eigentum, zur Zentralisierung des öffentlichen Arbeitsnachweises, für den Auslandsdienst (Aufklärung des Auslandes) begründet wurden.

An die Spitze der für die Regelung der industriellen und gewerblichen Tätigkeit und die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen tätigen Gesellschaften gehören die Kriegsrohstoffabteilung des Kgl. Preuß. Kriegsministeriums in Berlin. Der Kriegsrohstoffabteilung sind angegliedert 2 Gesellschaften für industrielle Rohstoffe, wie Rohhäute, Baumwolle, Wolle, Gummi, Leder, Flachs, Häute, pflanzliche und tierische Fette, Metalle, Petroleum, Chemikalien.

Unter den sonstigen bedeutenden Kriegsorganisationen für die Industrie sind noch zu nennen: die Kriegsleder- und die Kriegsmetallgesellschaft, die Metallfreigabestelle für Friedenszwecke, die über die Freigabe und Verteilung beschlagnahmter Metalle für die Industrie entscheidet, die Metallauskunftsstelle, die Ratschläge aller Art, namentlich auch wegen der Verwendung von Ersatzmetallen, erteilt. Ferner sind hier zu nennen: die sogenannten Kriegsabrechnungsstellen, wie z. B. die Harz-, die Kautschukabrechnungsstelle und die Abrechnungsstelle für die deutschen Oelmühlen, die Seifen- und Stearinfabriken usw., endlich die Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft.

Für die Industrie weiter wichtig sind die Zentralstellen für Ausfuhrbewilligungen. Man hat diese Stellen einrichten müssen, um auch die Ausfuhr nach dem neutralen Auslande, über das bekanntlich unsre Feinde die ihnen fehlenden deutschen Waren zu beziehen versuchen, mit dem militärischen Interesse in Einklang zu bringen. Denn es darf selbstverständlich nicht geschehen, daß unter der Maske des neutralen Auslandes das feindliche Ausland mit deutschen Waren versorgt würde, die teilweise sogar (wie gewisse Maschinen) zur Stärkung der feindlichen Wehrmacht oder zur Ansiedlung deutscher Industriezweige im Auslande verwendet werden könnten. Auf der andern Seite war darauf Bedacht zu nehmen, daß diese Ausfuhr zweckmäßig erfolgt, d. h. sich mit der Einfuhr derart ausgleicht, daß auch für uns wichtige Artikel zunächst als Gegengabe der Ausfuhr zur Einführung gelangen. Endlich ist es in hohem Maße wünschenswert, die während des Krieges mögliche Ausfuhr zu fördern. Zur Zeit bestehen 14 solcher Zentralstellen für Ausfuhrbewilli-

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19160106/1